

Auftragsforschung – Chance oder Risiko für die wissenschaftliche Reputation?

Martina Eckert

1 Einführung

Im Januar 2013 scheiterte das mit großer Hoffnung im Juli 2011 gestartete und wohl bekannteste Auftragsforschungsprojekt des letzten Jahrzehnts. Es ging um die wissenschaftliche Aufarbeitung der sexuellen Übergriffe von katholischen Geistlichen. Als Hauptargument gab der Kriminologe Professor Dr. Pfeiffer, Leiter des Kriminologischen Instituts Niedersachsen, bekannt, die katholische Kirche habe kurz vor dem Beginn der Datenerhebung auf die Forschungspläne mit erhöhter Kontrolle reagiert. Das hätte zur Folge gehabt, dass die Ergebnisse der Untersuchung nur mit Billigung der Kirche hätten veröffentlicht werden können, was aus wissenschaftlicher Sicht unzumutbar sei.¹

Im August 2013 wurde unter großem Druck der Öffentlichkeit die Studie „Doping in Deutschland von 1950 bis heute aus historisch-soziologischer Sicht im Kontext ethischer Legitimation“, beauftragt durch den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und gefördert durch das Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp), veröffentlicht (Spitzer 2013a). Bereits einen Tag nach der Veröffentlichung titelte Spiegel Online „Doping Studie: Umstrittener Bericht offenbar gekürzt“ und bemängelte, dass im Bericht enthaltene Namen und Inhalte zu Zeitzeugeninterviews unveröffentlicht blieben.²

Beide Beispiele machen deutlich: Auftragsforschung hat eine besondere Dynamik und Logik. Zwar sichert sie in hohem Maß den Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen – direkter kann Wissenschaft nicht in die Praxis einfließen, punktgenauer können Forschungsmethoden nicht auf die Erfordernisse des Anwendungsfeldes zugeschnitten werden –, aber der Nutzen kann für Forscherinnen und Forscher gegenüber der Forschung aus der Grundausstattung der Hochschule oder der sogenannten Drittmittelforschung, die sich über Stiftungen und Forschungsförderungsmaßnahmen der Länder und des Bundes finanziert, stark eingeschränkt sein. Nicht alle Erkenntnisse, die im Rahmen eines Forschungsauf-

1 Vgl. Spiegel Online, 21.1.2013 (Internet: www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/christian-pfeiffer-spricht-im-interview-ueber-den-streit-mit-der-kirche-a-878441.html; zuletzt aufgesucht am 30.6.2013).

2 Vgl. Spiegel Online 6.8.2013 (Internet: www.spiegel.de/sport/sonst/doping-studie-umstrittener-bericht-offenbar-gekuerzt-a-914958.html; zuletzt aufgesucht am 6.8.2013).

trags zusammentragbar sind, lassen sich in wissenschaftlichen Publikationen veröffentlichen. Darüber, wie wertvoll Erkenntnis ist, entscheidet bei Auftragsforschung weit weniger die akademische Gemeinschaft, sondern ganz wesentlich der „Kunde“ bzw. die Öffentlichkeit. Münch verbindet mit der Orientierung von Forschung an der Nachfrage gar das „Ende der akademischen Freiheit und die Instrumentalisierung von Bildung und Wissenschaft für äußere Zwecke“ (Münch 2011, S. 127).

Auftragsforschung hat an Fachhochschulen, an denen üblicherweise das Primat der Lehre vorherrscht und die Forschungsgrundausrüstung eher schlecht ist, einen hohen Stellenwert, sichert sie nicht selten, dass überhaupt intensiv anwendungsorientiert geforscht werden kann. Umso wichtiger ist es, sich als forschungsaffine Wissenschaftlerin oder forschungsaffiner Wissenschaftler mit den Chancen, Fallstricken, den Erwartungen und den möglichen Konsequenzen von Auftragsforschung für die eigene Reputation auseinanderzusetzen. Der vorliegende Beitrag hat das Ziel, die besondere Dynamik aufzuzeigen und dem oder der Forschenden eine Standortbestimmung und ein zum Forschungsprofil von Hochschullehrerinnen und -lehrern an Verwaltungsfachhochschulen passendes Selbstverständnis zu ermöglichen.

Auftragsforschung wird im Zusammenhang dieses Beitrags als eine Forschungstätigkeit definiert, die im Auftrag eines Mittelgebers realisiert wird. Dabei wird nicht unterschieden, ob der Auftrag aus dem privatwirtschaftlichen oder dem öffentlichen Bereich stammt. In der Regel werden die Ziele des Forschungsvorhabens vorgegeben oder zwischen Auftraggeber und Forscherin bzw. Forscher vereinbart. Darüber hinaus bestehen bereits bei Auftragserteilung klare Regelungen darüber, wie mit Publikationsrechten, Urheberschutz und der Verwertung der Ergebnisse umgegangen werden soll. Üblicherweise sind Forschende nicht berechtigt, ohne Einwilligung des Auftraggebers Ergebnisse zu veröffentlichen. Auftragsforschung unterliegt der Umsatzsteuerpflicht sowie meistens der Vollkostenrechnung, was für drittmittelgestützte Forschung nicht gilt. Aufgrund des engen Handlungsrahmens und ihres starken Anwendungsbezugs wird Auftragsforschung häufig ihre starke Dienstleistungsorientierung vorgeworfen. Manche Positionen thematisieren das Risiko eingeschränkter Objektivität.

Auftragsforschung hat im Kontext der öffentlichen Verwaltung trotz der genannten Vorbehalte (z.B. mangelnde Objektivität, gekaufte Wissenschaft) einen besonderen Reiz. Wenn sie gelingt, ermöglicht sie den Erkenntnisgewinn in einem Arbeitsfeld, das sich in der Vergangenheit nicht immer forschungsaffin präsentiert hat. Während Gutachtertätigkeiten von Hochschullehrerinnen und -lehrern in der öffentlichen Verwaltung in manchen Teildisziplinen relativ verbreitet sind bzw. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in zeitlich begrenzte Projekte als Expertinnen und Experten eingebunden werden, ist es nach wie vor schwer, über empirische Forschungstätigkeiten spezifische Erkenntnisse z.B. über die Funk-

tions- oder Wirkungsweise von Verwaltung zu generieren. Das ist besonders bedauerlich, weil gut untersuchte Prozesse aus dem privatwirtschaftlichen Arbeitsfeld nicht immer eins zu eins auf die öffentliche Verwaltung zu übertragen sind. So lässt sich zweifelsfrei konstatieren: Es gibt einen Bedarf an verwaltungsspezifischen Erkenntnissen, die Verwaltungen und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gleichermaßen nützlich sein könnten. Daher ist es immer begrüßenswert, wenn aus dem Wunsch, ein konkretes Problem mit Hilfe wissenschaftlicher Expertise zu lösen, grundsätzlich ein erleichterter Zugang zum Forschungsfeld Verwaltung erwächst. Ergibt sich im Laufe der Forschungsaktivitäten in und mit der Praxis ein tragfähiges Bewusstsein für die Nützlichkeit von wissenschaftlicher Erkenntnis, kann sich für Hochschullehrende im Optimalfall ein Betätigungsfeld auf tun, das geeignet ist, das eigene Berufsprofil zu schärfen und Expertise mittel- oder langfristig anzureichern. Dennoch gilt: Impulsgeber für wissenschaftliche Aktivität ist meistens der Auftraggeber mit seinen spezifischen Interessen und Vorstellungen – das originäre Forschungsinteresse des Wissenschaftlers oder der Wissenschaftlerin ist aus der auftrag gebenden Verwaltungsperspektive zunächst zweitrangig. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Besonderheiten, die dafür verantwortlich sind, dass Forschende nicht immer sicher sein können, ob Aufträge der Behörden, Ministerien oder Kommunen die eigene Reputation steigern oder schmälern. Denn Forschung ist nicht Selbstzweck. Der bzw. die Forschende hat immer im Blick, dass die eigene Forschungsleistung in der akademischen Gemeinschaft sichtbar wird und im wissenschaftlichen Diskurs Verbreitung findet. Münch argumentiert plakativ:

„Ein Professor, den die Studierenden nicht achten und von dem sie nichts lernen wollen, führt eine genauso erbärmliche Existenz wie ein Professor, dessen Forschungsleistungen auf kein Interesse anderer Forscher stoßen. Professor zu sein und keinen Wert auf Anerkennung durch andere Forscher zu legen, wäre absurd [...]. Es gehört zur Natur des Berufs, das heißt zum Habitus des akademischen Forschers und Lehrers, nach Anerkennung durch peers und durch Studierende zu streben, andernfalls hätte er/sie den Beruf nicht gewählt.“ (Münch 2011, S. 38)

2 Zur Anwendbarkeit von Gütekriterien für wissenschaftliches Arbeiten

Für das wissenschaftliche Renommee von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ist es ganz wesentlich, über welche Wege ihre Leistungen in der Scientific Community zur Kenntnis genommen werden. Zur Beurteilung des eigenen wissenschaftlichen Outputs kommt man daher um die herkömmlichen Kriterien zur Messung wissenschaftlicher Qualität nicht herum. Im deutschen und internationalen Wissenschaftssystem wendet man hierfür eine Reihe von Gütekri-

terien an, um den Forschungsoutput von Hochschulen und Forschungsinstitutionen und der dort Tätigen benennen und vergleichen zu können. Hierzu gehören laut Wissenschaftsrat (2008) Publikationen in referierten Fachzeitschriften und deren Zitation, der Zufluss von Drittmitteln sowie Nobelpreise, ein gutachtergestützter „peer review“, Forschungsk Kooperationen und nationale und internationale Forschungsaufenthalte. Bei genauem Hinsehen stellt sich heraus, dass die Drittmittelförderung in Deutschland das Hauptkriterium zur Einschätzung der Qualität von Hochschulen darstellt. Zu 60% fließen in Deutschland entsprechende Indikatoren in die Einschätzung von Forschungsqualität ein (Gerhards 2013). Hiervon ist unter anderem abhängig, ob Hochschulen im Rahmen der Exzellenzinitiative besonders gefördert werden und welche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an eine Hochschule oder ein Institut berufen werden. Die üblichen nationalen Hochschulrankings (wie z.B. die Forschungsrankings der DFG oder CHE) orientieren sich in Deutschland sehr stark an der Drittmittelförderung. Gerhards (ebd.) beschreibt diese Orientierung in seinem kritischen Beitrag zu Indikatoren für Forschungserfolg als „Drittmittelfixiertheit“. Er macht unter anderem den großen Einfluss der DFG und Probleme bei der Beurteilung von Publikationsqualität und -quantität hierfür verantwortlich. Zwar wird eingeräumt, dass sich anwendungsorientierte Forschung unter dem Aspekt des Transfers von Forschung in praktischen Bereichen der Auftragsforschung bedienen muss, aber unter dem Einfluss einer kontrastierenden Diskussion zu Grundlagen- versus Anwendungsforschung wird der „kommerzialiserten Forschung“ (Münch 2011) häufig unterstellt, sie produziere weniger wissenschaftliche Qualität.

An den zahlreichen Publikationen (z.B. Persson et al. 2004; Weingart/Winterhager 1984; Münch 2006) über den Sinn eines Zitationsindex als Kriterium für Forschungsqualität und anderen publikationsbezogenen Indikatoren lässt sich ablesen, dass auch bezogen auf publikationsbezogene Kriterien mehr oder weniger große Zweifel bestehen. Bachmann et al. (2012) stellten im Titel ihrer Untersuchung zum Zusammenhang von Publikationsvolumen und dem Zufluss von Forschungsmitteln aus verschiedenen Quellen (Stiftungen versus Unternehmen) die Frage: „Geht Auftragsforschung zu Lasten wissenschaftlichen Outputs?“ Die Ergebnisse sind leider wenig erhellend. So zeigt sich zwar eine signifikante, aber geringfügige Korrelation zwischen Auftragsforschung und Publikationsvolumen ($r = -.017$). Aus der Untersuchung nordrhein-westfälischer Hochschulen und Forschungseinrichtungen ergab sich zwischen Publikationsumfang und Förderung durch Drittmittel der DFG eine Nullkorrelation ($r = -0,002$) – man hatte hier eine positive Korrelation erwartet. Ein nennenswert großer Unterschied besteht also bei der Publikationsleistung in Abhängigkeit von der finanziellen Quelle für Forschung eher nicht.

Für die Forschung an internen Fachhochschulen³ bzw. an Hochschulen mit Studiengängen für die öffentliche Verwaltung (in diesem Beitrag verkürzt unabhängig von der grammatikalischen Beugung FHöD genannt) ist allerdings die geschilderte Abwägung, welches nun die *richtigen* Indikatoren zur Einschätzung der eigenen wissenschaftlichen Reputation sind, eher irrelevant. Der Anteil von drittmittelgestützter Forschung (einschließlich Auftragsforschung) ist im Vergleich mit anderen Hochschulen an den FHöD außerordentlich gering. Eckert (2012) generierte die Zahlen zu den Rahmenbedingungen von Forschung an Fachhochschulen und Universitäten u.a. aus den Empfehlungen des Wissenschaftsrates 2010 und fand heraus, dass die Drittmittelmenge im Jahr 2008 an Verwaltungsfachhochschulen etwa 1 Mio. Euro betrug. An Universitäten wurde 2008 in einem Umfang von 3.524 Mio. und an Fachhochschulen von 246 Mio. Euro Forschung mit Drittmitteln finanziert.

3 Die Bedeutung wissenschaftlicher Publikationen

Vor diesem Hintergrund könnte man davon ausgehen, dass sich publikations- und zitationsbezogene Kriterien für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an Fachhochschulen des öffentlichen Dienstes besser zur Bestimmung wissenschaftlicher Reputation eignen. Die Qualität wissenschaftlicher Publikationen wird in der Regel durch sogenannte bibliometrische Auswertungen vorgenommen, bei denen man z.B. zwischen Beiträgen in referierten Fachzeitschriften, Monografien und anderen Buchbeiträgen unterscheidet. Bei internationalen Vergleichen oder im Rahmen der Exzellenzinitiative werden bei entsprechenden Auswertungen überwiegend die referierten Fachjournals berücksichtigt.

Teilweise erheben Hochschulen intern die Publikationsaktivitäten in ihren Hochschulbibliografien, die auch in den internen Hochschuldatenbanken ausgewiesen werden. Dabei ist allerdings anzumerken, dass diese Bibliografien nicht immer einer statistischen Auswertung oder gar Klassifizierung unterzogen werden. Beispielsweise stellt die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW (FHöV NRW) ihren Professorinnen und Professoren sowie den Dozentinnen und Dozenten den sogenannten Forschungs- und Publikationsindex (FPI) zur Verfügung, mit dessen Hilfe auf freiwilliger Basis Publikationen, abgeschlos-

3 Interne Fachhochschulen bilden im Geschäftsbereich der Ministerien den Nachwuchs im gehobenen Verwaltungsdienst der Länder oder des Bundes aus. Sie sind daher häufig nicht direkt den Wissenschaftsministerien unterstellt (rechtlich unselbstständige Körperschaft) und stehen nur im Ausnahmefall externen Studierenden (ohne gleichzeitigen Beamtenstatus) offen. In den letzten Jahren wurde manche FHöD allerdings teilweise externalisiert.

sene und laufende Forschungsprojekte gelistet werden können. Über eine Schlagwortsuche auf der Homepage der FHöV NRW können die Beiträge abgerufen werden. Allerdings werden die Angaben weder gewichtet, noch fließen sie in einen Gesamtindex ein – veröffentlichte Klausurlösungen oder Herausgeberfunktionen von Hochschulangehörigen ohne eigene Autorenschaft sowie graue Papiere werden gleichbehandelt mit Beiträgen in (referierten) Fachjournals oder umfangreiche Forschungsprojektberichte von mehreren hundert Seiten.

Neben den intern geführten Veröffentlichungslisten der Hochschulen bilden übergeordnete Analysen auf der Ebene des Hochschuloutputs die Basis für Hochschulrankings, wie z.B. das CWTS Leiden Ranking (das Shanghai Ranking, SJTU; Ranking des Times Higher Education Supplement, THES), das neben dem Veröffentlichungsumfang auch die Zitationshäufigkeit und Kollaborationsindikatoren von Hochschulen und Instituten berücksichtigt. Für 2013 weist das Leiden Ranking auf den 40 Plätzen des Deutschland-Rankings keine einzige Fachhochschule aus. Das ist nicht überraschend, sind doch die Bewertungskriterien in Gänze auf universitäre Forschungsbedingungen und die angelsächsische Praxis ausgelegt, die naturwissenschaftliche, medizinische und ingenieurwissenschaftliche sowie alle Verfasserinnen und Verfasser, die in englischer Sprache publizieren, stark begünstigen.

Stellt man den Publikationsoutput in den Mittelpunkt der wissenschaftlichen Reputation, haben Forschende an Fachhochschulen des öffentlichen Dienstes gegenüber anderen Hochschulen einige Nachteile, die systemisch begründet sind und deshalb Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer unabhängig von Forschungswillen und -anstrengung der Aktiven auf lange Sicht benachteiligen:

FHöD verfügen aufgrund des Primats der anwendungsorientierten Lehre nur im Ausnahmefall über wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (als akademischer Mittelbau). Es fehlt zudem das Promotionsrecht. Promotionen sind über den Umweg der Kooperation mit Universitäten möglich aber selten. Beide Aspekte haben Auswirkungen auf die Kontinuität von Forschung und somit auf den wissenschaftlichen Output z.B. im Bereich der Verwaltungs- oder Polizeiwissenschaften. Wo der wissenschaftliche Mittelbau mit dem Willen zur Erlangung von Qualifikationen fehlt, erstaunt es auch nicht, dass sich im Vergleich zu anderen anwendungsorientierten Forschungsfeldern nur wenige (referierte) Fachjournals etablieren konnten, in denen hochwertige wissenschaftliche Publikationen erscheinen.

Obwohl die Nähe zur öffentlichen Verwaltung Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer von FHöD zu den eigentlichen Experten macht, konnte sich bisher nur punktuell ein stabiles, spezialisiertes Forschungsprofil für Verwaltungsforschung entwickeln – meistens dort, wo es erkennbare Institute mit hohem wissenschaftlichen Output gibt. Immer noch kommt es vor, dass Gutachten oder wissenschaftliche Untersuchungen (z.B. Evaluationsaufträge) von Akteuren in der öffent-

lichen Verwaltung an Universitätsinstitute statt an die Expertinnen und Experten der spezialisierten Hochschulen vergeben werden. Bei komplexen Forschungsvorhaben mit aufwendigen Forschungsdesigns und einer vielfältigen Forschungsmethodik hat das zum Teil mit den personellen und strukturellen Forschungskapazitäten zu tun. Häufig wird aber auch die Expertise von Hochschullehrern und Hochschullehrerinnen an FHöD unterschätzt, weil wissenschaftliche Erkenntnisse nicht in dem Maß kommuniziert oder publiziert werden können, wie es aufgrund der Infrastruktur und Qualifikationsdichte an Universitäten üblich und möglich ist.

Widmen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an FHöD Forschungsfragen, die von Behörden oder Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung über Auftragsforschung an sie herangetragen werden, ist es eher Regel als Ausnahme, dass Publikationsmöglichkeiten bezogen auf die Ergebnisse von Forschung stark eingeschränkt sind. Anders als der Kriminologe Pfeiffer es Anfang des Jahres 2013 suggeriert, ist es durchaus üblich, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beim Zustandekommen einer entsprechenden Forschungsvereinbarung auf ihr originäres Publikationsrecht verzichten bzw. es stark beschneiden. Entsprechende vertragliche Vereinbarungen regeln z.B., dass die Publikation nur bei Freigabe durch den Auftraggeber oder die Auftraggeberin möglich ist. Diese Vorgehensweise hat Parallelen im privatwirtschaftlichen Bereich. In ingenieurwissenschaftlichen Wissenschaftsfeldern sind bei Promotionen Einschränkungen ebenfalls üblich, z.B. wenn Unternehmen an Hochschulen und in Forschungsinstituten die Entwicklung innovativer Verfahren fördern, deren Ziel die Patentanmeldung ist. Man löst das Problem an den Technischen Universitäten in der Regel dadurch, dass bei einem entsprechenden Auftrag allgemeine Passagen oder neue theoretische Modelle im Rahmen einer Doktorarbeit veröffentlicht werden und spezifische Erkenntnisse in zusätzlichen Forschungsberichten den Unternehmen vorbehalten bleiben. Entsprechende Vorgehensweisen sind auch im Kontext der öffentlichen Verwaltung üblich. Bei starkem öffentlichen Interesse wird diese Zweiteilung häufig kritisiert, weil man die Erträge wissenschaftlicher Bearbeitung mit „investigativer Arbeit“ verwechselt – wie auch bei der bereits erwähnten Doping-Studie. Zudem lässt sich feststellen, dass die vertraglichen Vereinbarungen zu den Publikationsbedingungen zwischen Mittelgeber und Hochschule bisweilen im Verwaltungskontext noch zu wenig präzise beschrieben werden. Berechtigte wissenschaftliche Anforderungen und Wünsche der Forschenden an die Publikationsfreigabe finden in solchen Fällen noch zu wenig Beachtung. Ein Blick in den Administrativen Schlussbericht der oben erwähnten Doping-Studie (vgl. Spitzer 2013b) offenbart den Aufwand, mit dem auf die jeweiligen Anforderungen an eine Publikation sowie den Nachweis über die Notwendigkeit und Angemessenheit der geleisteten Arbeit eingegangen werden musste. Der Administrative Bericht hat 84 Seiten, der Bericht zu den Inhalten und Ergebnissen der Berliner Teilstudie 150 Seiten.

Während laufende Promotionsverfahren den Druck auf eine wissenschaftliche Publikation bzw. auf die Publikation eines aussagekräftigen Forschungsberichts erhöhen, kann man bei fehlender Einbindung von Doktoranden – die an FHöD die Regel ist – beobachten, dass außerhalb der geforderten Abschlussberichte wissenschaftliche Publikationen oft wegen des erheblichen zusätzlichen Aufwands nicht umgesetzt werden. Im Administrativen Abschlussbericht der Doping-Studie umschreibt Spitzer diesen Aufwand folgendermaßen:

„Das Ziel, eine Rekonstruktion der zeitgeschichtlichen Hintergründe zu leisten, konnte erfüllt werden, obwohl eine begleitende Veröffentlichungspraxis wie in vergleichbaren Projekten üblich aufgrund der erhöhten datenschutzrechtlichen Anforderungen mit erheblichen Aufwand verbunden war.“ (Spitzer 2013b, S. 9)

Die Folge einer entsprechenden Praxis: Zahlreiche Forschungsergebnisse bleiben unveröffentlicht.

Besonders bitter ist es für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, wenn Erkenntnisse sogar im unmittelbaren Praxisfeld unzureichend kommuniziert werden, sich dort Implementierungsversuche verzögern oder die Verwendung der Erkenntnisse gar nicht erwogen wird. Eine entsprechende Dynamik ist häufiger zu beobachten als man denkt. Sie erklärt sich wie folgt: Die öffentliche Verwaltung ist in ihrer strategischen Ausrichtung sehr stark von politischen und strukturellen Entscheidungen abhängig, für die ein schneller Wandel charakteristisch ist. So kann es passieren, dass beim Wechsel von Bundes- und Landesregierungen, unter dem Einfluss von strukturellen Schwerpunktsetzungen, Gesetzen und Verordnungen oder durch Personalwechsel in den Führungspositionen Prozesse nicht oder nur mit verminderter Kraft verfolgt werden, obwohl bei Auftragserteilung ein glaubwürdiges Interesse bestand. Im ungünstigen Fall erhalten Forschende nach Abgabe des Berichts gar keine Rückmeldung zu ihrem Produkt, geschweige denn die Freigabe zur Publikation. Zudem ist denkbar, dass Ergebnisse unabhängiger wissenschaftlicher Untersuchungen deshalb nicht die Anerkennung und praktische Anwendung finden, die sie eigentlich verdient hätten, weil sie schlecht mit den aktuellen strategischen Zielen vereinbar sind. In diesem Punkt unterscheidet sich der Umgang öffentlicher Mittelgeber nicht wesentlich von privatwirtschaftlichen – außer die Öffentlichkeit macht Druck. In solchen Fällen können die Rezeptionserfolge für die Forschenden gleich null sein, obwohl sie von hohem wissenschaftlichem Wert sind und in der akademischen Gemeinschaft Anerkennung finden würden.

Werden Ergebnisberichte von Institutionen in der öffentlichen Verwaltung publiziert, lässt sich beobachten, dass diese im Anwendungsfeld häufig intensiv diskutiert werden und eine gute Verbreitung finden, was für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler äußerst attraktiv ist. Folgeaufträge oder Einladungen zu Fachvorträgen sind bei Themen mit einem hohen Informations- und Handlungs-

bedarf wahrscheinlich. Dennoch ist zu bedenken: Forschungsberichte haben, auch wenn sie öffentlich zugänglich sind, in der Regel nicht die für wissenschaftliche Publikationen typische Struktur. Strebt man neben dem Transfer in die Praxis den Austausch mit anderen Forscherinnen und Forschern an, ist die Weiterbearbeitung oder Überarbeitung geboten. Wer darauf verzichtet, reduziert sich auf ein Wissenschaftsverständnis im Sinne einer „Wissenschaft für den Kunden“, bei starkem öffentlichem Interesse im Sinne einer „Wissenschaft für die Gesellschaft“. In der *Zeit* vom 1. August 2013 wurden ausführlich die Prozesse, Auswüchse und Risiken einer „gekauften Wissenschaft“ beschrieben. Die Gradwanderung zwischen „kundenorientierter Forschung“ und „kundendefinierter Forschung“ mit eingeschränkter Ergebnisoffenheit scheint in manchen Fällen klein zu sein. Der Spagat zwischen den Ansprüchen und Zielen des Auftraggebers verlangt den Forschenden deshalb die permanente Überprüfung der eigenen Rolle im Forschungs- und Forschungsberatungsprozess, die Reflexion moralischer Grundsätze und ein reifes Wissenschaftsverständnis ab, das auch Anwürfen (z.B. dem Vorwurf mangelnder Objektivität) standhalten soll. Das klassische Wissenschaftsverständnis, das den Rezeptionsprozess zu anderen Akteuren im Wissenschaftsbetrieb favorisiert, wird unter einer starken Auftragsforschungsorientierung häufig vernachlässigt. Negative Auswirkungen auf das Selbstverständnis der Forschenden, die Autonomie und die Qualität des Forschungsprozesses sind nicht auszuschließen. Münch (2011) klassifiziert als Beispiel für entsprechende Prozesse die sogenannte „policy orientierte“ Soziologie als eine „Spezialwissenschaft“, die ihre Rezeptionserfolge eher in Lehre und Verwaltung sowie im Wissenstransfer und der öffentlichen Kommunikation als in den üblichen Gütekriterien für wissenschaftliches Arbeiten sucht und deshalb mit Risiken der Abspaltung vom allgemeinen Wissenschaftsbetrieb zu kämpfen habe.

4 Auftragsforschung für die öffentliche Verwaltung

Auftragsforschung für die öffentliche Verwaltung unterliegt neben den bisher beschriebenen allgemeinen Möglichkeiten und Einschränkungen zusätzlichen, spezifischen Besonderheiten. Auf die Abhängigkeit von politischen Zielsetzungen und Prozessen und deren schneller Wandel wurde bereits hingewiesen. Typisch ist darüber hinaus die relativ schlechtere Planbarkeit, da der Fluss von Fördermitteln vom Vorhandensein der Mittel im öffentlichen Haushalt, Haushaltssperren oder Abrechnungsroutinen abhängig sind. So kann es bei mehrjährig angelegten Forschungsaufträgen möglich sein, dass Phasen von finanzieller Nicht-Deckung der Ausgaben zwischen dem Ende des Haushaltsjahrs und der Freigabe von Mitteln im Folgejahr entstehen. Damit Forschungsaktivitäten nicht stagnieren, muss von Seiten der Hochschule hier Vorsorge getroffen werden. Auch werden wissen-

schaftliche Leistungen in vielen Behörden in einer Form abgerechnet, dass jenseits des üblichen Forschungsaufwands Ressourcen für umfangreiche Zwischen- und Abschlussberichte gebunden werden. In entsprechenden Berichten werden die Notwendigkeit von wissenschaftlichen Methoden und Arbeitsschritten und die Angemessenheit der geleisteten Arbeit dokumentiert und gerechtfertigt.

Als schwerfällig kann sich die Suche von wissenschaftlichem Personal gestalten, wenn es an einer Hochschule nicht die Möglichkeit gibt, kurzfristig auf ein Netz zurückzugreifen – z.B. auf Personen aus (An-)Instituten der Hochschule oder einer kooperierenden Universität. Zeiten für die Suche von wissenschaftlichem Personal ohne Promotionsintention (z.B. Ausschreibung und Bewerbungsphasen) sollten von Anfang an eingeplant werden, was bei Forschungsvorhaben, die ohnehin im laufenden Haushaltsjahr bewältigt werden müssen, herausfordernd sein kann.

Voraussetzungen für die Realisierung von Auftragsforschung sind an Hochschulen und in den verschiedenen Bundesländern sehr unterschiedlich. Jedoch gilt allgemein: Je mehr Erfahrung eine Hochschulverwaltung bezogen auf die einzelnen Komponenten der Forschungsadministration hat, desto weniger werden die Ressourcen des Forschenden für fachfremde, forschungsadministrative Tätigkeiten gebunden. Hochschulverwaltungen, die über wenig Erfahrung mit der Formulierung und Aushandlung von Verträgen und der Berechnung der genauen Höhe der Kosten für den Mittelgeber verfügen, sind mit komplexen Forschungsanfragen nicht selten überfordert, was die Hürde für den forschungsaffinen Wissenschaftler oder die Wissenschaftlerin deutlich erhöht. Da Auftragsforschung der Umsatzsteuerpflicht und Vollkostenrechnung unterliegen, ist es beispielsweise notwendig, dass Hochschulen im Vorfeld des spezifischen Forschungsvorhabens die grundsätzlichen Kostensätze ermittelt haben, um die wissenschaftliche Leistung für alle Akteure zeitnah zufriedenstellend einschätzen und angemessen festlegen zu können.

Selbst wenn es innerhalb der Hochschulverwaltung feste Handlungsroutinen gibt – die genauen Bedingungen für eine Verwertung der Erkenntnisse im Rahmen von Publikationen müssen immer auf das spezifische Projekt zugeschnitten werden. Das ist zeitaufwendig und erfordert eine enge Kooperation zwischen Verwaltung und Forschenden. Nicht selten werden erst durch die konkrete Festbeschreibung der Bedingungen für die Publikation die Vorbehalte und Kontrollbedürfnisse des Mittelgebers aktiviert. Forschende machen immer wieder die Erfahrung, dass gut vorbereitete und in der Planung schon weit fortgeschrittene Forschungsvorhaben aufgrund ihrer, aus wissenschaftlicher Sicht gerechtfertigten, Forderungen noch kurz vor Vertragsabschluss scheitern oder im Laufe des Forschungsprozesses notwendige Informationen bzw. Daten nicht fließen.

5 Auftragsforschung – Chance oder Risiko für die wissenschaftliche Reputation?

Die wissenschaftliche Reputation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ist grundsätzlich nicht exakt messbar. Die üblicherweise verwendeten Indikatoren, die auch über Rangplätze der Hochschulen entscheiden, lassen sich auf etliche universitäre Wissenschaftsdisziplinen (z.B. in den Geistes- und Sozialwissenschaften) nicht adäquat anwenden. Im Fachhochschulkontext – mit schlechten Rahmenbedingungen für Forschung – würde die Anwendung der üblichen Kriterien (Wissenschaftsrat 2008) zu unangemessener Frustration und einem verzerrten Wissenschaftsverständnis beitragen. Man erinnere sich an die bekannte Karikatur, bei dem ein Prüfer verschiedenen Tierarten (Elefant, Affe, Vogel, Wasservogel, Goldfisch, Seehund und Hund) einen standardisierten Test offeriert: „Zum Ziele einer gerechten Auslese lautet die Prüfungsaufgabe für Sie alle gleich. Klettern Sie auf einen Baum“. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an FHöD, denen Rezeptionserfolge in der akademischen Gemeinschaft wichtig sind, können auch bei überdurchschnittlicher Motivation und Anstrengung neben der umfangreichen Lehre und ohne adäquate Grundausrüstung für Forschung nicht den Output erreichen, der für viele universitäre Disziplinen selbstverständlich zu sein scheint.

Auftragsforschung für die öffentliche Verwaltung kann den wissenschaftlich Aktiven neben ihren Publikationsleistungen zusätzliche Anerkennung und Rezeptionserfolge im Praxisfeld (z.B. über Vortragsanfragen, Kongressbeiträge, Mitgliedschaften in Beiräten) beschern. Die enge Einbindung in ein Praxisfeld über den Weg der Forschung kann also sehr reizvoll sein. Trotzdem können Forschende durch die strukturellen Besonderheiten in der öffentlichen Verwaltung zuweilen besonders strapaziösen Bedingungen unterworfen sein. Trotzdem: nicht selten ist Auftragsforschung die einzige Möglichkeit, sich in der Hochschule überhaupt den Freiraum für eine anspruchsvolle Forschung zu schaffen und das Praxisfeld mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zu bereichern. Es ist naheliegend, dass man als Wissenschaftlerin oder Wissenschaftler unter diesen Bedingungen manchmal geneigt ist, die klassische Reputation, die sich der Publikation in Fachjournals bedient, zu vernachlässigen – sei es, weil die Freigabe zur Veröffentlichung mit Mittelgebern hart verhandelt werden muss oder weil das Bespielen zweier Instrumente – Wissenschaft und Praxis – einfach die persönlichen zeitlichen Ressourcen sprengt.

Damit die wissenschaftliche Reputation außen und innen sichtbar wird und der wissenschaftliche Austausch gelingt, in dessen Rahmen sich Experten und Expertinnen an FHöD erkennbar profilieren, sind einige hochschulinterne und hochschulübergreifende Strukturen wünschenswert:

- eine professionelle Forschungsmittelverwaltung, die mit den Besonderheiten von Vertragsentwicklung, Forschungsmanagement und Vertragsabwicklung vertraut ist;
- ein Forschungsverständnis der Hochschule, das Publikationen differenziert betrachtet und höherwertige Publikationen ausdrücklich belohnt. Die qualitative Orientierung ist einer bloßen quantitativen Bewertung (wer publiziert wie viel?) vorzuziehen. Angesichts der Unterschiedlichkeit der Rahmenbedingungen an Universitäten und FHöD wäre es wünschenswert, wenn die Verwaltungshochschule als Basis für die Gratifikation ein eigenes „Gütesiegel“ mit verschiedenen typischen Indikatoren und deren Gewichtung erarbeitet – möglichst im Verbund mit anderen FHöD;
- ein Hochschulmarketing, das es ermöglicht, dass die Expertise von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auch bezogen auf nicht oder nur teilweise freigegebene Forschungsergebnisse sichtbar wird – und zwar innerhalb der Hochschule, in Richtung der Praxisbehörden und in Richtung der Scientific Community;
- ein Selbstverständnis der Forschenden, das sich an guter wissenschaftlicher Praxis orientiert und sich angesichts der Doppelgesichtigkeit des Hochschultypus (für die Wissenschaft, für die Gesellschaft/Praxis) an allgemeingültigen Qualitätskriterien orientiert. Hierzu gehört auch, dass bei aller Anwendungsorientierung der wissenschaftliche Austausch in der Scientific Community nicht ausgeklammert oder vernachlässigt wird oder dass Forschungsaufträge nicht durch Beratungsaspekte verwässert werden;
- eine Forschungsförderungsstrategie der Hochschule, die es erlaubt, dass strukturbedingte Mängel (wie z.B. finanzielle Ausfälle bei der Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern), die sich aus der Abwicklungslogik des Forschungsauftrags ergeben, aufgefangen werden, z.B. durch eine anteilige Bereitstellung von Forschungsmitteln der Hochschule (Eigenmittel) bei Auftragszusage, die dem Projekt zugutekommen;
- die Aufwertung der Forschung an FHöD durch Einrichtung von festen Forschungsinstituten, die über eine akzeptable Grundausstattung für Forschung verfügen, sodass neben der Auftragsforschung auch hochwertige kontinuierliche Forschung möglich ist. Auftragsforschung sollte diese Grundausstattung ergänzen, nicht ersetzen – z.B. im Verhältnis 1 : 2;
- die Reduzierung des Lehrdeputats und die Etablierung eines akademischen Mittelbaus inklusive einer Verbesserung der Kooperationsvereinbarungen mit Universitäten bezogen auf Promotionen;
- der Zusammenschluss von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern von FHöD in einer eigenen akademischen Gesellschaft, die u.a. die Herausgabe von referierten Fachzeitschriften sowie Fachkongresse initiiert.

Ob, wie und mit welchem Ergebnis sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler letztendlich mit ihrem Selbstverständnis im Spannungsfeld der Auftragsforschung positionieren, wird ganz wesentlich davon abhängen, für welche Rolle sie sich vor dem Hintergrund ihrer ursprünglich universitären Sozialisation entscheiden. Sie müssen sich die Frage beantworten: Für wen produzieren sie und mit wem teilen sie ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse? Zurzeit wird es Hochschullehrerinnen und -lehrern an FHöD aufgrund nicht gut etablierter oder inadäquater wissenschaftlicher Standards in Hochschule und Praxis nicht immer leicht gemacht, die eigene Reputation zu sichern und sichtbar zu machen. Dafür benötigen sie in Zukunft mehr Unterstützung und bessere, vernetzte Strukturen.

Quellen

- Bachmann, R./Engel, D./Michaelsen, M. (2012): Geht Auftragsforschung zu Lasten wissenschaftlichen Outputs? In: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.): RWI-Materialien, Heft 47. Essen
- Eckert, M. (2012): Halb zog man sie, halb sank sie hin: Stellenwert und Grundlage von Forschung an Fachhochschulen des öffentlichen Dienstes. In: Lück-Schneider, D./Kirstein, D. (Hg.): Gute Lehre und Forschung trotz schwieriger Rahmenbedingungen. Berlin, S. 47–64
- Gerhards, J. (2013): Der deutsche Sonderweg in der Messung von Forschungsleistungen. In: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften und die interdisziplinäre Arbeitsgruppe Exzellenzinitiative der BBAW (Hg.): Wissenschaftspolitik im Dialog, Heft 7/2013. Berlin, S. 13–56
- Kohlenberg, K./Musharbash, Y. (2013): Die gekaufte Wissenschaft. In: Die Zeit vom 1.8.2013, S. 13–15
- Münch, R. (2006): Drittmittel und Publikationen. Forschung zwischen Normalwissenschaft und Innovation. In: Soziologie, 35 (4), S. 440–461
- Münch, R. (2011): Akademischer Kapitalismus – Über die Ökonomie der Hochschulreform. Berlin
- Persson, O./Glänzel, W./Danell, R. (2004): Inflationary bibliometric values. The role of scientific collaboration and the need for relative indicators in evaluative studies. In: Scientometrics, 60 (3), S. 421–432
- Spitzer, G. (2013a): Inhaltlicher Schlussbericht gemäß Schnittstellenkonzept zum Vorhaben „Doping in Deutschland von 1950 bis heute aus historisch-soziologischer Sicht im Kontext ethischer Legitimation“. Berlin (Internet: www.bisp.de/cln_340/nn_15924/DE/Aktuelles/Nachrichten/2013/Berichte__WWU__HU.html?__nnn=true; zuletzt aufgesucht am 5.8.2013)
- Spitzer, G. (2013b): Administrativer Schlussbericht zum Projekt IIA-081903B/09-12 „Doping in Deutschland von 1950 bis heute aus historisch-soziologischer Sicht im Kontext ethi-

scher Legitimation“. Berlin (Internet: www.bisp.de/cln_340/nn_15924/SharedDocs/Downloads/Aktuelles/Administrativer_Bericht_HU,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Administrativer_Bericht_HU.pdf; zuletzt aufgesucht am 5.8.2013)

Weingart, P./Winterhager, M. (1984): Die Vermessung der Forschung. Theorie und Praxis der Wissenschaftsindikatoren. Frankfurt/M.

Wissenschaftsrat (2008): Pilotstudie Forschungsrating. Empfehlungen und Dokumentation. Köln